

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**10. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2018/2023**

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.09.2019	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	20:20 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Ingo Schaffenberg - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aydin Candan - SPD		
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen		bis TOP 9.1 (19:53 Uhr)
Dr. Carsten Grohmann - CDU		
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Werner Vieler - AfD		
Aneta Wolter - CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Sophie Bachmann - SPD und Lübecker Jugendring		
Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Luretta Kuhn - CDU		Vertretung für: Frau Nil Gersdorf
Andreas Müller - Die Linke		
Gabriele Ulrich - SPD		
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Dr. Axel Walther - FDP		
Verwaltung		
Wolf-Dieter Barteck - 1.203 - Beteiligungscontrolling		
Regina Kühl - Bilanzbuchhalterin der SIE		
Michael Mühleis - 2.021 FBD FB 2		
Ivonne Ristow - 2.530		
Daniela Rummert - 2.000.2 Koordinierung Flüchtlingsarbeit		
Elke Sasse - 1.160 - Frauenbüro		

Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Anke Seeberger - 2000.2 - Stabsstelle Integration, FB 2	
Manuel Hertz - FBC FB2	
Ulrich Kewitz - 2.500 Soziale Sicherung	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
Dr. Michael Hamschmidt - Gesundheitsamt	
Protokollführung	
Britta Bormann - Soziale Sicherung	
Gitte Timmermann -	
Gäste	
Sophie Bachmann -	zu Top 8.2 als Referentin
Roberta Gerlach -	Referentin zu TOP 6.3
Joe Goldyn -	Referent zu TOP 6.3
Helmut Müller-Lornsen - FB 2	
Stine Raben -	zu TOP 6.2
Christian Rettberg - Behindertenbeauftragter	
Beiratsmitglieder	
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Nil Gersdorf - CDU	entschuldigt
Verwaltung	
Vivien Wolgast - Jobcenter Lübeck	entschuldigt
Gäste	
Joachim Tag - Jobcenter Lübeck	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören	
2	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3	Feststellung der Tagesordnung	
4	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.06.2019	
5	Mitteilungen des Vorsitzenden	
6	Berichte	
6.1	mündlicher Bericht zu dem Berichtsantrag des AM Hönel "Psychosoziale Unterstützung von Geflüchteten" (beschlossen in der Sitzung am 04.06.2019)	
6.2	Kurzvorstellung der im Gesundheitsamt durchgeführten Bachelorarbeit von Frau Stine Raben im Rahmen des Gesundheitswirtschaftsstudiums an der TH Lübeck zum Thema: "Entwicklung einer Empfehlungsliste zur Suchtprävention in den Kindertagesstätten in Lübeck"	
6.3	Lsbt - queere Jugendarbeit in Lübeck Vorstellung durch das Jugendnetzwerk lambda::Nord	
6.4	Beitritt der Hansestadt Lübeck - Bereich 2.500 - Soziale Sicherung als Mitglied zu dem Verein "Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V. (BAG - SB)"	VO/2019/07935
6.5	Verteilung der 5 zusätzlich durch das Land finanzierten Frauenhausplätze	VO/2019/07939
6.6	Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung vom Bereich 2.530 - Gesundheitsamt in den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten	VO/2019/07422
7	Beschlussvorlagen	
7.1	Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020	VO/2019/08009
7.2	Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen	VO/2019/08002
7.3	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2018	VO/2019/07990
7.4	Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem.	VO/2019/07993

	§95 d, Abs. 1, Gemeindeordnung Schl.-Holst. (GO) für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 315201 - SeniorInnenEinrichtungen	
7.5	Wirtschaftsplan 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)	VO/2019/08036
7.6	Mietanpassung SeniorInnenEinrichtungen Heiligen-Geist-Hospital (HGH)	VO/2019/08059
7.7	Mietanpassungen der SeniorInnenEinrichtungen Dornbreite, Dreifelderweg, Elswigstraße und Prassekstraße (Häuser der Stiftung Vereinigte Testamente (VT))	VO/2019/08060
8	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
8.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Alt werden im Quartier	VO/2019/07559
8.2	AT Freie Wähler & GAL und B90/Grüne zu VO/2019/07795 Runder Tisch Foodsharing - Lebensmittel verwenden statt verschwenden	VO/2019/07860
8.3	BM Möller - Dringlichkeitsantrag: Sofortmaßnahmen im Wohngebiet Aegidienviertel	VO/2019/07842
8.4	Antrag von CDU und SPD zu VO/2019/7842 Maßnahmenpaket Wohngebiet Aegidienviertel	VO/2019/07867
9	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2	
9.1	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung des Ausschusses für Soziales am 03.09.2019	VO/2019/07930
10	Anfragen/Antworten	
10.1	Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE) zum Thema Finanzierung der Lübecker Stadtmütter	VO/2019/07868
11	Anträge von Ausschussmitgliedern	
12	Verschiedenes	
19	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 10. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2018/2023.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, Herrn Rettberg (Beauftragte für Menschen mit Behinderung), Herrn Domeyer (Seniorenbeirat), Herrn Dr. Delius vom E-Punkt sowie die Öffentlichkeit.

Zu TOP 6.3 heißt der Vorsitzende Frau Gerlach und Herrn Goldyn von lambda:nord willkommen.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Antrag TOP 10.1 wurde zurückgezogen.

Herr Senator Schindler stellt einen Vertagungsantrag zu TOP 6.1

Der Ausschuss stimmt der Vertragung einstimmig zu.

Herr Senator Schindler bittet darum, die TOP 7.3 bis 7.7 gemeinsam zu beraten.

Der Ausschuss ist einverstanden.

Die TOP 8.3 und 8.4 werden einstimmig vertagt. Es besteht Einigkeit, diese in der gemeinsamen Sondersitzung mit dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 17.9.19 zu beraten.

Der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit mit den beschlossenen Veränderungen festgestellt.

zu 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.06.2019

Frau Akyurt: Anmerkung zu 9.1. "Nicht erledigte TOP Koordinierung Ehrenamt"

„Zu dem Thema habe ich darum gebeten, dass dieser TOP auf die nächste Ausschusssitzung im September kommt und wir detaillierte Auskünfte zu dem Vorhaben insbesondere des BGM erhalten. Vor allem inwieweit der BGM den E-Punkt und Paritätische Wohlfahrtsverbände mit in die Planungen einbezogen hat, wie vom Sozialausschuss gefordert. Ich bitte um entsprechende Ergänzung.“

Der Ausschuss stimmt einstimmig der Ergänzung zu.

Einwand Herr Müller:

„Ich widerspreche der auf Seite 15 in Zeile 5 beschriebenen Einigkeit.“

Der Ausschuss stimmt mit 14 ja-Stimmen und 1 Enthaltung der Ergänzung zu.

Der Niederschrift wird in der ergänzenden Fassung einstimmig zugestimmt.

zu 5 Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende berichtet vom „Sonntag“, der stattgefunden hat und wünscht sich im Weiteren eine rege Beteiligung der Ausschussmitglieder bei dieser Veranstaltung.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Geschäftsführung der vergangenen Jahre bei Frau Bormann und verabschiedet diese. Ferner begrüßt er die neue Geschäftsführung Frau Timmermann.

zu 6 Berichte

zu 6.1 mündlicher Bericht zu dem Berichts Antrag des AM Hönel "Psychosoziale Unterstützung von Geflüchteten" (beschlossen in der Sitzung am 04.06.2019)

vertagt

zu 6.2 Kurzvorstellung der im Gesundheitsamt durchgeführten Bachelorarbeit von Frau Stine Raben im Rahmen des Gesundheitswirtschaftsstudiums an der TH Lübeck zum Thema: "Entwicklung einer Empfehlungsliste zur Suchtprävention in den Kindertagesstätten in Lübeck"

Frau Raben stellt die Empfehlungsliste zur Suchtprävention in Kitas vor (Präsentation im Anhang)

Dazu spricht Herr Müller.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

zu 6.3 Lsbtqi - queere Jugendarbeit in Lübeck Vorstellung durch das Jugendnetzwerk lambda::Nord

Frau Gerlach und Herr Goldyn stellen die Arbeit von lambda:nord vor und erläutern den finanziellen Unterstützungsbedarf.

Dazu sprechen Herr Hönel, Herr Dr. Walther, Herr Voht, Herr Müller und Herr Schaffenberg.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

zu 6.4 Beitritt der Hansestadt Lübeck - Bereich 2.500 - Soziale Sicherung als Mitglied zu dem Verein "Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V. (BAG - SB)" Vorlage: VO/2019/07935

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 6.5 Verteilung der 5 zusätzlich durch das Land finanzierten Frauenhausplätze Vorlage: VO/2019/07939
--

Dazu sprechen Herr Müller, Frau Akyurt, Herr Dr. Grohmann, Frau Friemer und Frau Schwartz

Der Vorsitzende erteilt zudem Frau Prüß vom AWO Frauenhaus und Frau Schäfer vom Autonomen Frauenhaus das Wort.

Die Verteilung der 5 neuen Plätze auf die Frauenhäuser wird diskutiert.

Herr Senator Schindler ergänzt, dass 5 Plätze nicht durch zwei teilbar sind und bei einer weiteren Platzerweiterung das Frauenhaus der AWO begünstigend berücksichtigt werden wird.

Herr Dr. Grohmann beantragt eine 5 minütige Sitzungsunterbrechung (17.17 Uhr bis 17.22 Uhr)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 6.6 Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung vom Bereich 2.530 - Gesundheitsamt in den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020**
Vorlage: VO/2019/08009

Beschlussvorschlag:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Verein "Lübecker Stadtmütter e.V." im Haushaltsjahr 2020 einmalig 128.100 Euro für das dort laufende Integrationsprojekt zur Verfügung zu stellen.
2. Die Finanzierung dieser freiwilligen und zusätzlichen Maßnahme in Höhe von 128.100 € wird im Rahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses zum Haushalt 2020 bei dem Produktsachkonto 331001000 5318001000 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege, Zuschüsse für laufende Zwecke soziale oder ähnliche Einrichtungen durch die Bürgerschaft beschlossen.
3. Über eine weitere Finanzierung über 2020 hinaus wird im Rahmen der neu abzuschließenden Budgetverträge ab 2021 neu zu verhandeln sein.

Dazu sprechen Herr Dr. Grohmann, Frau Aykurt, Herr Candan, Herr Senator Schindler, Herr Dr. Vieler, Frau Büche, Herr Voht und Herr Müller.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 7.2 **Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen**
Vorlage: VO/2019/08002

Beschlussvorschlag:

Die Hansestadt Lübeck schließt sich der Weisung 201903003 der Bundesagentur für Arbeit vom 01.03.2019 – Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme – auf der Grundlage des Schreibens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 29.01.2019 an.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 17.40 bis 17.55 Uhr.

zu 7.3 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2018
Vorlage: VO/2019/07990

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.3 bis TOP 7.7

Herr Senator Schindler trägt zum aktuellen Stand und den weiteren erforderlichen Schritten zur „Vision 2030“ der städtischen SIE vor; der Vortrag ist dem Protokoll angehängt.

Herr Senator Schindler berichtet von der bisher erfolglosen Ausschreibung der Bereichsleiterstelle der SIE und von der geplanten Hinzuziehung eines Personalberatungsunternehmens, sodass die Stelle zeitnah neu ausgeschrieben wird.

Er erläutert auf Nachfrage von Herrn Dr. Grohmann in Bezug auf die Kosten, dass die Stelle mit einer Dotierung von EG 15 durchaus attraktiv ist und insgesamt die städtischen Einrichtungen deshalb so attraktiv sind, weil dort gute Arbeit geleistet wird. Zudem erklärt er, dass auch die Verhandlung der Pflegesätze gelungen sei.

Auf Nachfrage von Herrn Hönel wird von Herrn Barteck und Herrn Senator Schindler erläutert, dass die Kosten für die erforderlichen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern aus rechtlichen Gründen den Sachkosten zuzuordnen sind und es deshalb wünschenswert wäre, einen Personalpool zu haben anstelle von kostenintensiven Einsätzen von Leiharbeitenden.

Frau Akyurt stellt dar, dass es für eine Entscheidung erforderlich ist, die gesamten Fakten hierzu zu kennen und bittet um Hinweis, wer diese Fakten zusammenstellen wird.

Herr Barteck erläutert, dass bevor eine Beauftragung einer externen Firma erfolgen kann, die diese umfangreiche Untersuchung vornehmen kann, eine Ausschreibung unter möglichen Anbietern zu erfolgen hat. Über die Vergabe muss der Hauptausschuss beschließen. Die Ausgestaltung des Auftrages sollte lt. Frau Akyurt zuvor im Sozialausschuss erfolgen, ggf. in einer Steuerungsgruppe vorbereitet werden.

Herr Voht ergänzt, dass bereits viele Gutachten und erledigte Aufträge zu hierzu vorliegen, die zunächst einmal zusammengefasst werden sollten.

Frau Friemer bemerkt, dass es wünschenswert wäre, wenn auch durch die Hansestadt Lübeck eine ambulante Pflege angeboten werden könnte.

Herr Senator Schindler betont zum Abschluss noch einmal, dass die SIE gut aufgestellt werden soll und es immens wichtig ist, hier ein kommunales Angebot zu haben. Er vertritt die Auffassung, dass diese Verantwortung gegenüber den BürgerInnen dem finanziellen Defizit zurückstehen muss.

Abstimmungen unter den einzelnen TOP

TOP 7.3

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das

Geschäftsjahr 2018 wird mit einer Bilanzsumme von €3.202.331,32 und einem Bilanzverlust von €3.187.069,23 festgestellt

2. Der Bilanzverlust 2018 in Höhe von €3.187.069,32 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Abschließend erklärt Herr Barteck, dass er in den Ruhestand geht und stellt Herrn Beyer vom Beteiligungscontrolling als Nachfolger vor.

**zu 7.4 Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. §95 d, Abs. 1, Gemeindeordnung Schl.-Holst. (GO) für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 315201 - SeniorInnenEinrichtungen
Vorlage: VO/2019/07993**

Beratung siehe TOP 7.3

Beschluss:

Im Haushaltsjahr 2019 werden beim Produktsachkonto 3152015315000 SeniorInnenEinrichtungen – Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke 838.700,00 € zur Deckung des höheren Verlustes im Wirtschaftsjahr 2018 überplanmäßig gemäß § 95 d GO S-H bewilligt.

Die Deckung erfolgt aus Minderaufwendungen im Haushaltsjahr 2019 beim Produktsachkonto 312101000 5461100 SGB II – Leistungen Unterkunft und Heizung in Höhe von 838.700,00 €.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 7.5 Wirtschaftsplan 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)
Vorlage: VO/2019/08036**

Beratung siehe TOP 7.3

Beschluss:

1. Es betragen

1.1	im Erfolgsplan	€
	die Erträge	25.072.200
	die Aufwendungen	28.548.800
	der Jahresgewinn	0
	der Jahresverlust	-3.476.600
1.2	im Vermögensplan	
	die Einzahlungen auf	671.500
	die Auszahlungen auf	671.500

2.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0
2.1	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf	0
2.2	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	3.900.000
3.	die Stellenübersicht 2020 (Anlage 8) nebst Änderungsliste (Anlage 8a).	

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2020 wird gemäß Anlagen 1-10 im Rahmen der Haushaltssatzung 2020 zugestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

<p>zu 7.6 Mietanpassung SeniorInnenEinrichtungen Heiligen-Geist-Hospital (HGH) Vorlage: VO/2019/08059</p>
--

Beratung siehe TOP 7.3

Beschluss:

Die neue Miete für die SeniorInnenEinrichtung Heiligen-Geist-Hospital wird zum 01.01.2020 angepasst und beträgt p.a. 562.624,99 € (bisher 282.844,66 €).

Die neue Miete wird im Wirtschaftsplan 2020 der SIE geordnet und somit entsprechend berücksichtigt werden.

Der Ausschuss empfiehlt mit 14 ja-Stimmen und 1 Enthaltung der Bürgerschaft gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

<p>zu 7.7 Mietanpassungen der SeniorInnenEinrichtungen Dornbreite, Dreifelderweg, Elswigstraße und Prassekstraße (Häuser der Stiftung Vereinigte Testamente (VT)) Vorlage: VO/2019/08060</p>

Beratung siehe 7.3

Beschluss:

Die neue Miete für die SeniorInnenEinrichtungen Dreifelderweg, Prassekstraße, Dornbreite und Elswigstraße wird zum 01.01.2020 p.a. 1.307.724,15 € betragen (bisher 970.729,85 €).

Die neue Miete wird im Wirtschaftsplan 2020 der SIE geordnet und somit entsprechend berücksichtigt werden.

Der Ausschuss empfiehlt mit 14 ja-Stimmen und 1 Enthaltung der Bürgerschaft, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 8.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Alt werden im Quartier
Vorlage: VO/2019/07559**

Beschluss:

Ziel des Wirkens der Hansestadt Lübeck ist es, ein bedarfsgerechtes Angebot für ein selbständiges und sicheres Wohnen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf im Quartier zu schaffen. Hierzu wird eine umfassende Versorgungssicherheit im gewohnten Umfeld bzw. an dem Ort, wo die Menschen leben und wohnen wollen, geschaffen. Dabei gilt es, insbesondere ambulante Wohn- und Versorgungsarrangements in den Wohnquartieren zu schaffen, die auch eine umfassende Pflege bieten. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist ein angemessenes und bedarfsgerechtes Angebot an Wohnraum für diese Zielgruppen.

Deshalb soll in den Jahren 2019-2023 jährlich eine Mindestanzahl an neu zu errichtenden Wohnungen bzw. entsprechenden Plätzen in gemeinschaftlichen ambulanten Wohnformen für Menschen mit Pflegebedarf sowie für das ambulant Betreute Wohnen und selbständige Wohnen mit Assistenz für Menschen mit Behinderung geschaffen werden.

Der Bürgermeister wird daher beauftragt,

1) ein entsprechendes bedarfsorientiertes Handlungskonzept zur planmäßigen Schaffung von geeigneten Wohnungen bzw. Wohnformen für Menschen mit Pflege- oder Unterstützungsbedarf zu erstellen.

Hierzu gehört auch die Einbeziehung genossenschaftlicher- bzw. gemeinschaftsorientierter Wohnformen, Pflegewohngemeinschaften, Wohnen mit Versorgungssicherheit, Betreutes Wohnen oder das selbständige Wohnen mit Assistenz für Menschen mit Behinderung. Auch kombinierte Angebote für Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen sollten in die Überlegungen einfließen;

2) die kommunalen Gesellschaften, freie Träger sowie entsprechende Vereine (Bsp. Mieterverein etc.) in die konzeptionelle Entwicklung mit einzubeziehen;

3) Kooperationsformen zwischen kommunalen Wohnungsunternehmen und Trägern sozialer Dienste, die der Schaffung einer Versorgungssicherheit für die Bewohnerinnen und Bewohner bei Pflege und Unterstützungsbedarf dienen, zu befördern. Dies gilt auch für die notwendige Zusammenarbeit der Akteure, Träger und Initiativen vor Ort;

4) die AG Leben und Wohnen im Alter sowie der Pflegestützpunkt der Hansestadt Lübeck bei der Konzeption zu beteiligen.

Die entsprechende Konzeption ist der Bürgerschaft bis September 2019 vorzulegen. Der Sozialausschuss ist in der Folge regelmäßig über die Entwicklung zu informieren.

Herr Wulf weist darauf hin, dass im Rahmen der Umsetzung von *Leben und Wohnen im Alter* besonders auch das Thema „Älterwerden im Quartier und möglichst langer Verbleib in der eigenen Wohnung“ berücksichtigt wird. Zudem weist er darauf hin, dass der Bereich Soziale Sicherung z.Zt. im Auftrag der Bürgerschaft einen aktuellen Pflegebedarfsplan erstellt, aus dem sich Bedarfe zu dem Thema ablesen lassen und Handlungsempfehlungen ergeben werden.

Hierzu spricht Herr Hönel.

Der Ausschuss beschliesst mit 7 ja-Stimmen, 6 nein-Stimmen und 2 Enthaltung dem Antrag stattzugeben,

**zu 8.2 AT Freie Wähler & GAL und B90/Grüne zu VO/2019/07795 Runder Tisch Food-sharing - Lebensmittel verwenden statt verschwenden
Vorlage: VO/2019/07860**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Runden Tisch zu initiieren, in dem Mitgliedern der Initiative Foodsharing e.V., dem Lebensmitteleinzelhandel, Gastronomiebetreibenden, Lübecker Tafel e.V., Marktstandbetreiber*innen, den Fraktionen und ggf. weiteren relevanten Personen die Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben werden soll.

Ziel des Runden Tisches soll sein, den Gedanken des Foodsharings in Lübeck weiter zu verbreiten und zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass möglichst keine, noch genießbaren Lebensmittel im Abfall landen, nur weil diese Makel aufweisen oder deren Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist. Stattdessen soll darauf hingewirkt werden, dass solche Lebensmittel kostenlos zur Abholung oder zur Mitnahme zur Verfügung gestellt werden.

Damit soll möglichst das sogenannte "Containern" überflüssig gemacht werden, die unwürdige Suche nach verwertbaren Lebensmitteln in Abfallcontainern.

Mit Zustimmung des Ausschusses stellt Frau Bachmann mit zwei weiteren Vereinsmitgliedern von foodsharing e.V. stellen die Arbeit des Vereins vor.

Es werden weitere Verständnisfragen beantwortet und Erläuterungen gegeben.

Im Weiteren sprechen Herr Dr. Grohmann, Herr Müller, Frau Akyurt, Frau Woler, Frau Büche, Herr Candan, Herr Dr., Vieler, Frau Friemer und Herr Schaffenberg.

Seitens der Verwaltung -Herrn Dr. Hamschmidt sowie Herrn Senator Schindler- wird die Zuständigkeit für die Einberufung dieses gewünschten Runden Tisches nicht im FB 2 gesehen.

Die Klientel, die diese noch verwendbaren Lebensmittel bekommen und diese Stationen/Schränke aufsuchen werden, sind zweifelsfrei in der überwiegenden Mehrheit dem KundenInnenkreis der einkommensschwächeren BürgerInnen zuzuordnen. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die Akteure, die an diesen Tisch gehören, die auch etwas bewegen können, wie u.a. die Lebensmittelaufsicht, Gewerbeaufsicht usw. im FB 3 angesiedelt sind bzw. dort eine Vernetzung besteht.

Herr Senator Schindler verweist darauf, dass die Zuweisung der Bürgerschaft an den FB 2 durch einen erneuten Antrag mit der Bitte um Zuweisung an den FB 3 erfolgen könnte.

Es erfolgt ein reger Austausch über die Zuständigkeit für den Sozialausschuss.

Herr Schaffenberg erläutert, dass es durch en FB 2 ein Runder Tisch initiiert werden sollte und dann erst die Federführung auch geklärt werden kann.

Der Ausschuss beschließt mit 14 ja-Stimmen und 1 Enthaltung dem Antrag stattzugeben.

zu 8.3	BM Möller - Dringlichkeitsantrag: Sofortmaßnahmen im Wohngebiet Aegidienviertel Vorlage: VO/2019/07842
---------------	---

vertagt

zu 8.4	Antrag von CDU und SPD zu VO/2019/7842 Maßnahmenpaket Wohngebiet Aegidienviertel Vorlage: VO/2019/07867
---------------	--

vertagt

zu 9	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
-------------	---

zu 9.1	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung des Ausschusses für Soziales am 03.09.2019 Vorlage: VO/2019/07930
---------------	---

Herr Senator Schindler berichtet, dass es noch keinen neuen Sachstand seitens des Bürgermeisters zur Koordinierungsstelle Ehrenamt gibt.

Frau Friemer verlässt die Sitzung um 19.53 Uhr

Herr Voht betont, dass dieses eine äußerst unbefriedigende Situation ist und stellt den Antrag, den Bürgermeister gemäß § 46 Abs.7 Satz 1 Gemeindeordnung zur Teilnahme an der nächsten regulären Sitzung des Sozialausschusses am 01.10.2019 zu verpflichten.

Herr Dr. Delius vom Epunkt stellt seine Arbeit vor und berichtet über den bisherigen Verlauf in dieser Sache und weist auch in Bezug auf seine Personalverantwortung auf eine Dringlichkeit hin.

Hierzu sprechen Frau Bachmann, Herr Müller, Frau Akyurt, Herr Dr. Grohmann, Herr Candan, und Herr Schaffenberg.

Der Antrag von Herrn Voht wird einstimmig angenommen.

Herr Senator Schindler berichtet, dass die Hansestadt Lübeck sich als ein Partner vom „Sicherer Hafen“ dem schleswig-holsteinischen Bündnis angeschlossen hat.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10 Anfragen/Antworten

**zu 10.1 Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE) zum Thema Finanzierung der Lübecker Stadtmütter
Vorlage: VO/2019/07868**

zurückgezogen

zu 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

enfällt

zu 12 Verschiedenes

Die nächste reguläre Sitzung des Ausschusses für Soziales findet am Dienstag, den 01.10.2019 um 16.00 Uhr im Verwaltungszentrum Mühlentor statt.

Zuvor findet die Sondersitzung zu den TOP 8.3 und 8.4 gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung im Verwaltungszentrum Mühlentor am 17.09.2019 um 16.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 25. März 2021

Ingo Schaffenberg
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**Sondersitzung des Ausschusses für Soziales zum Thema "Drogen-
szene Krähenteich" - Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für
Umwelt, Sicherheit und Ordnung**

Sitzungstermin:	Dienstag, 17.09.2019
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:40 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Ingo Schaffenberg - SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Aydin Candan - SPD

Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Gabriele Friemer - Die Unabhängigen

Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Volker Nehrhoff - CDU

Vertretung für: Herrn Dr. Carsten
Grohmann

Dr. Werner Vieler - AfD

Aneta Wolter - CDU

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Sophie Bachmann - SPD und Lübecker Jugendring

Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nil Gersdorf - CDU

Andreas Müller - Die Linke

Gabriele Ulrich - SPD

Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL

Dr. Axel Walther - FDP

Verwaltung

Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales

Manuel Hertz - FBC FB2

Matthias Wulf - Soziale Sicherung

Dr. Michael Hamschmidt - Gesundheitsamt

Protokollführung

Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Karin Mechnich -	
Beiratsmitglieder	
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Carsten Grohmann - CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören	
2	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3	Feststellung der Tagesordnung	
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
4.1	BM Möller - Dringlichkeitsantrag: Sofortmaßnahmen im Wohngebiet Aegidienviertel	VO/2019/07842
4.2	Antrag von CDU und SPD zu VO/2019/7842 Maßnahmenpaket Wohngebiet Aegidienviertel	VO/2019/07867
5	Anträge von Ausschussmitgliedern	
5.1	Dringlichkeitsantrag der AM Hönel, Akyurt und Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Maßnahmen zur Entspannung der Drogensituation am Krähenteich und Drogenstrategie für das gesamte Stadtgebiet	VO/2019/08182
5.2	AM Schaffenberg u. Candan (SPD), Grohmann (CDU), Voht (FW): Dringlichkeitsantrag: Maßnahmen gegen illegalen Drogenhandel und -konsum am Krähenteich und im gesamten Stadtgebiet	VO/2019/08164

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die Sondersitzung zum Thema „Krähenteich/Aegidienviertel“ des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2018/2023.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, die VertreterInnen der Verwaltung sowie die Öffentlichkeit.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende schlägt vor, für die auf der Tagesordnung stehenden TOP 4.1. und TOP 4.2 sowie TOP 5.1 und TOP 5.2 eine gemeinsame Beratung zusammen mit dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung (USO) vorzunehmen.

Im Anschluss an die Beratung erfolgt dann in den getrennten Ausschüssen die Abstimmung zu den verschiedenen Anträgen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die gemeinsame Beratung.

Die Tagesordnung ist damit mit den beschlossenen Veränderungen festgestellt.

Der Vorsitzende Herr Schaffenberg übernimmt nun die Leitung der gemeinsamen Sitzung.

zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 4.1 BM Möller - Dringlichkeitsantrag: Sofortmaßnahmen im Wohngebiet Aegidien-
viertel
Vorlage: VO/2019/07842**

Gemeinsame Beratung der TOP 4.1 und Top 4.2 sowie TOP 5.1 und 5.2

Beschluss:

- 1. Der Bürgermeister wird gebeten, den im Wohngebiet Aegidienviertel gelegenen sogenannten „Drogenplatz“ An der Mauer/Krähenstraße umgehend in die Liste der „Angsträume“ mit oberster Priorität aufzunehmen.**
- 2. Weiterhin ist als Erstmaßnahme der sofortige Totalrückschnitt des Buschwerks auf dem „Drogenplatz“ zu veranlassen mit dem Ziel, die Einsehbarkeit des Platzes herzustellen und damit dem ungestörten Dealen entgegenzuwirken.** (Eine Befreiung von der Fällverbotsfrist vom 1. März – 30. September, Bundesnaturschutzgesetz dürfte kein Problem sein, da aufgrund des regen Treibens auf dem Platz keine Nistplätze von besonders geschützten Tieren zu erwarten sind.)

Der Vorsitzende lädt Herrn Polizeidirektor Olbrich ein, zunächst einen Überblick zur Situation am Krähenteich zu geben.

Der Ausschussvorsitzende beantragt das Rederecht für Frau Mechnich von der AWO.

Die Ausschussmitglieder erteilen Frau Mechnich einstimmig das Wort.

Herr Olbrich berichtet, dass man sich seit 2017 sehr strategisch der Problematik angenommen hat und von Maßnahmen der Polizei die in der Vergangenheit gemeinsam mit der Bundespolizei, dem städtischem Ordnungsdienst und der Ausländerbehörde durchgeführt wurden.

Diese Maßnahmen haben bereits gegriffen, führten aber trotzdem nicht zur Reduzierung der Verunsicherung der BürgerInnen.

Er berichtet, dass diese Maßnahmen wiederholt werden und man sehr genau beobachten wird, dass eine Verlagerung der Szene zum Beispiel an den ZOB oder in andere Stadtteile ausbleibt.

Er führt ferner aus, dass man sich der Aufgabe stellen muss und beginnen muss, und eine Planung nicht bis ins Detail möglich ist, da man die tatsächliche Entwicklung dabei betrachten muss.

Zielsetzung ist es im Frühjahr 2020 diese Drogenszene am Krähenteich/Aegidienviertel in der jetzigen Form aufzulösen.

Herr Dr. Hamschmidt erläutert hierzu die bereits umfangreichen Kooperationen in der Hansestadt Lübeck und verweist auf das gesamtstädtische trägerübergreifende Suchtpräventionskonzept, das dem Ausschuss für Soziales vorgestellt wurde, welches allerdings auf alle Süchte eingeht.

Er weist auf die personelle Ausstattung bei der Gesundheitsförderung/Suchthilfekoordinierung (1 Stelle) und die notwendige personelle Verstärkung der bestehenden Suchtberatungsstellen mit Migrationshintergrund hin.

Er stellt dar, dass es ein Suchtpräventionsnetzwerk an den Lübecker Schulen gibt.

Er kündigt einen Zwischenbericht der beiden seit Frühjahr 2019 tätigen Streetworker der AWO und Diakonie zum Jahresende an, anhand dessen man sich über die Ausweitung des Streetworks auf das gesamte Stadtgebiet austauschen kann.

Der Vorsitzende erteilt Frau Mechnich von der AWO Suchthilfe Lübeck das Wort, um von der Arbeit zu berichten.

Frau Mechnich berichtet von den Begegnungen im Kontaktladen in der Wahnstraße und die Nutzung durch die Betroffenen. Sie stellt dar, dass durch die Verlagerung der Szene eine größere Mobilität erforderlich werden wird, da die betroffenen nicht weg, sondern nur woanders sind. Wie sich das auf die Auslastung und Nutzung des Kontaktladens auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Hierzu sprechen Herr Hönel, Herr Lüttke (USO), Frau Akyurt, Herr Zahn (USO), Herr Voht und Herr Müller (AfS).

Herr Senator Hinsen ergänzt, dass man sich dieser Problematik nur gemeinsam annehmen kann und das Ziel nur sein kann, keine offene Drogenszene zu haben und die strikte Trennung zwischen den Kriminellen und den Kranken gezogen werden muss.

Es sprechen hierzu Frau Friemer, Herr Langbehn (USO), Herr Hönel, Frau Friedrichsen (USO), Herr Hinrichs (USO), Frau Akyurt und Herr Schaffenberg.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 4.2 Antrag von CDU und SPD zu VO/2019/7842 Maßnahmenpaket Wohngebiet Aegidienviertel Vorlage: VO/2019/07867
--

Beratung siehe TOP 4.1

Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten,

ein fachbereichsübergreifendes Konzept vorzulegen, das im Rahmen der städtebaulichen Neugestaltung der südlichen Altstadtinsel folgende Punkte beinhaltet:

1. Im Zuge des Rahmenplanes Innenstadt wird auch der Platz an Ecke An der Mauer/ Rehderbrücke umgestaltet, um die dortige Aufenthaltsqualität für Anwohner und Gäste der Hansestadt zu verbessern.
2. Ergänzend werden die eingeleiteten fachbereichsübergreifenden Maßnahmen weiter entwickelt, um die Drogenszene in der Hansestadt Lübeck zurück zu entwickeln.
3. Die erfolgreiche Arbeit von Stadt und Polizei zur Bekämpfung der Kriminalität und zur Betreuung der Suchtkranken wird fortgesetzt und wenn nötig intensiviert.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 5.1 Dringlichkeitsantrag der AM Hönel, Akyurt und Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Maßnahmen zur Entspannung der Drogensituation am Krähenteich und Drogenstrategie für das gesamte Stadtgebiet
--

Beratung siehe TOP 4.1

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert,

I. Zur Entspannung der Drogensituation am Krähenteich folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Der Grünrückschnitt am Drogentreffpunkt Krähenteich ist umgehend vorzunehmen. Der Bewuchs auf dem Platz ist fortlaufend niedrig zu halten und zu pflegen.
2. Das Drogenmobil der AWO ist 2020 umzusetzen. Das Drogenberatungsmobil wird gestartet mit 4 Halbtagsstellen. Die haushaltsmäßige Ordnung ist herzustellen. Nach einem Jahr erfolgt eine Evaluation. Der Bericht ist dem Sozialausschuss vorzulegen.

II. Darüber hinaus eine nachhaltige Drogenstrategie für das gesamte Stadtgebiet unter folgender Maßgabe zu entwickeln:

In Zusammenarbeit mit den relevanten freien Trägern in den Bereichen der Drogenhilfe und Substanzmissbrauchsprävention wird eine kommunale Drogenstrategie für das gesamte Lübecker Stadtgebiet erarbeitet, die sich an den vier Grundpfeilern der Sucht- und Drogenpolitik **(1) Prävention, (2) Beratung und Therapie, (3) Schadensbegrenzung und Überlebenshilfen** sowie **(4) Angebotsreduzierung** orientiert.

Im Rahmen der Konzepterstellung muss sichergestellt werden, dass die Lübecker Drogenstrategie im Einklang mit gesetzlichen Regelungen von Bund und Land, also der nationalen Strategie und dem entsprechenden Landeskonzept zur Sucht- und Drogenprävention in Schleswig-Holstein steht.

Als prioritäres Ziel des suchtpreventiven Handelns soll die Drogenstrategie die Vermeidung von schädlichem Konsum oder Abhängigkeit vorsehen. Vor diesem Hintergrund soll das Konzept auf der Grundlage folgender Zielvereinbarung erarbeitet werden:

- 1) Förderung eines verantwortungsvollen Umgangs mit legalen Suchtmitteln in der Bevölkerung
- 2) Verhinderung des Einstiegs in den Konsum illegaler Suchtmittel
- 3) Unterstützung Abhängiger bei dem Ausstieg aus der Abhängigkeit von Suchtmitteln
- 4) Verbesserung des Gesundheitszustandes von Süchtigen
- 5) Schutz der Lübecker Bevölkerung vor Drogen- und Suchtkriminalität und anderen Begleiterscheinungen des Drogenkonsums

Im Rahmen des Konzeptes sollen alle bestehenden Angebote im Bereich der Drogenhilfe, Substanzmissbrauchs- und Kriminalprävention einbezogen und in Abhängigkeit von deren Nutzen im Gesamtkonzept dargestellt und evaluiert werden.

Insbesondere ist auf eine Verzahnung der Verwaltungsbereiche Eingliederungs- und Jugendhilfe, Soziale Sicherung, dem Gesundheits- und Jugendamt, dem sozialpsychiatrischen Dienst, der Stabstelle Integration, den Akteuren der Sucht- und Kriminalprävention sowie allen relevanten gemeinnützigen und freien Trägern (u.a. Gemeindediakonie, Caritas e.V., AWO Schleswig-Holstein gGmbH und AWO Lübeck e.V., Vorwerker Diakonie, DIE BRÜCKE Lübeck gGmbH, Resohilfe Lübeck, Lübecker Flüchtlingshilfe e.V.) hinzuwirken.

Im Rahmen der Drogenstrategie werden die von der Stadt in Kooperation mit den freien Trägern und Akteuren geförderten Hilfeangebote jährlich in einem Dokumentationsbericht zusammengefasst und dem Sozialausschuss vorgestellt. Dieser Bericht soll die Basis der sozialplanerischen Weiterentwicklung der Sucht- und Drogenhilfe in Lübeck darstellen.

Als integrale Bestandteile dieses Konzeptes sind insbesondere die folgenden Maßnahmen zu prüfen und der Bürgerschaft über ihren Nutzen, Kosten und Umsetzbarkeit Bericht zu erstatten, sofern diese nicht bereits vorhanden sind:

1) Maßnahmen zur Drogen- und Suchtprävention

- Ausbau der Verwaltungsinternen Koordinationsstelle für kommunale Drogen- und Suchtprävention beim Gesundheitsamt, welche die Umsetzung der Drogenstrategie in enger Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren begleitet, eine Koordinierungs- und Steuerungsfunktion im Bereich der Prävention und Versorgung von suchtkranken und gefährdeten Menschen sowie deren Angehörigen einnimmt und gemeinsame Handlungskomplexe installiert
- Personelle Stärkung der bestehenden Suchtberatungsstellen um auch Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch die Familien und Angehörigen der Betroffenen ausreichend und vollumfänglich unterstützen zu können
- Stärkung der psychosozialen Beratung (auch in Fragen der Eingliederungshilfen gemäß BTHG) und Versorgung Geflüchteter und besonders substanzmissbrauchsgefährdeter Flüchtlinge in enger Zusammenarbeit mit dem Lübecker Gesundheitsamt sowie anderen relevanten Akteuren, wie beispielweise der Lübecker Flüchtlingshilfe, der Traumaambulanz für Geflüchtete am Zip Lübeck oder der gemeinnützigen therapeutischen Einrichtung „Die Brücke“
- Installation und Finanzierung eines flächendeckenden Suchtpräventionsnetzwerkes an den Lübecker Schulen
- Jährliche Durchführung eines Monitoring System „Drogentrends“, in welchem eine repräsentative Stichprobe Lübecker Schüler*innen zu ihrem Konsum legaler und illegaler Drogen befragt werden mit dem Ziel, Entwicklungen und Trends frühzeitig zu erkennen, um geeignete, vor allem präventive Maßnahmen, planen zu können (analog zum Frankfurter Modell)

2) Maßnahmen zur medizinischen und sozialen Versorgung der Drogenabhängigen

- Ausweitung der mobilen Drogenhilfe auf das gesamte Stadtgebiet in enger Abstimmung mit den jeweils zuständigen Streetworker*innen bzw. Sozialarbeiter*innen
- Schaffung weiterer Angebote im Rahmen der Substanzmissbrauchs- und Rückfallprävention für die gezielte Unterstützung der folgenden Personengruppen im gesamten Stadtgebiet entsprechend der charakteristischen Erfordernisse
 - Haftentlassene
 - Ältere Drogenabhängige
 - Jugendliche Drogenabhängige
 - Drogenabhängige Eltern sowie deren Kinder

- Eingehen einer Kooperationsvereinbarung mit einem freien Träger zur Einrichtung eines Drogenkonsumraumes. Dabei ist in regelmäßigen Informationstreffen der Kooperationspartner sicherzustellen, dass der Konsumraum seine Arbeit erfolgreich und im Sinne der Betroffenen umsetzen kann. Vor diesem Hintergrund muss sich die Verwaltung auf Landesebene zunächst dafür einsetzen die entsprechenden Rahmenrichtlinien zur Inbetriebnahme eines Drogenkonsumraumes zu verabschieden.
- Bereitstellung bedarfsorientierter Finanzmittel zur Erhöhung der Kontaktanzahl bei drogenabhängigen Flüchtlingen und substanzmissbrauchsgefährdeten Bewohner*innen der Lübecker Flüchtlingsunterkünfte in Zusammenarbeit mit freien Trägern und Akteuren der Flüchtlingshilfe und psychosozialen Beratung mit Unterstützung von Sprachmittler*innen.
- Schaffung weiterer Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig von deren Aufenthaltsstatus mit den Doppeldiagnosen psychische Erkrankung/ Trauma und Sucht unter Einbeziehung und in enger Kooperation der entsprechenden Facharbeitskreise, wie beispielweise dem Arbeitskreis für Psychiatrie und Migration (Landesebene) oder dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfond (AMIF) (**siehe Psychiatriebericht und Handlungsempfehlungen**)
- Zusammenführung der Psychosozialen Beratungsstellen der AWO-Drogenhilfe und Vorwerker Diakonie zur gesonderten Betreuung Substituierter und Schaffung von Planungssicherheit über langfristige Budgetverträge
- Schaffung eines Arbeits- und Beschäftigungsprojekts für Substituierte zur beruflichen und sozialen Integration über eine Kooperationsvereinbarung der Suchtberatung mit der gemeinnützigen GmbH integra oder einer vergleichbaren Institution

Die Drogenstrategie wird der Bürgerschaft zur Haushaltssitzung 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Hierzu sprechen Herr Hönel, Herr Lüttke (USO) Frau Akyurt, Herr Schaffenberg.

Herr Senator Hinsen stellt eine weitere Berichterstattung in Aussicht.

Herr Müller beantragt die punktweise Abstimmung der beiden Anträge zu TOP 51 und TOP 5.2..

Abstimmung:

TOP 5.1 I.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig antragsgemäß zu entscheiden.

TOP 5.1 II.

Der Ausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen der Bürgerschaft mehrheitlich, den Antrag abzulehnen.

**zu 5.2 AM Schaffenberg u. Candan (SPD), Grohmann (CDU), Voht (FW): Dringlichkeitsantrag:
Maßnahmen gegen illegalen Drogenhandel und -konsum am Krähenteich und im gesamten Stadtgebiet
Vorlage: VO/2019/08164**

Gemeinsame Beratung TOP 4.1

Beschluss:

1. Der in der Vergangenheit bereits erprobte Grünrückschnitt ist am Platz am Krähenteich umgehend erneut vorzunehmen und künftig ist der Bewuchs auf dem Platz fortlaufend niedrig zu halten. Ebenso sind die Grünflächen im Umfeld des Platzes künftig stärker zu pflegen.
2. Das Streemo der AWO ist 2020 umzusetzen. Benötigte Haushaltsmittel sind dafür freizugeben. Das Drogenberatungsmobil wird gestartet mit 4 Halbtagsstellen, die ebenso aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren sind. Nach einem Jahr ist ein evaluierter Bericht dem Sozialausschuss vorzulegen, um den Bedarf erfassen und gegebenenfalls anpassen zu können.
3. Der Bürgermeister ist weiterhin aufgefordert ein kommunales Konzept zum Umgang mit Suchterkrankungen in Lübeck zum Beschluss durch die Bürgerschaft vorzulegen. Insbesondere ist der Personalbedarf für ein funktionierendes Street-Working im gesamten Stadtgebiet zu ermitteln. Auch Präventionsarbeit an Schulen soll Bestandteil der Konzeption sein. Einzubeziehen sind: AWO Drogenhilfe, Vorwerker Diakonie Suchthilfe, Gemeindediakonie (Gesundheitsmobil) und Selbsthilfegruppen wie CLIC e.V.
4. Der Bürgermeister ist aufgefordert zu berichten, welche Auswirkungen die Schließung des Drogentreffpunktes Krähenteiches auf die gesamte Szene hat und wo in den nächsten Jahren Hotspots sein könnten. Insbesondere möge er berichten, welche Maßnahmen notwendig sind, um neue Hotspots mit Streetworkern und einem abgestimmten Sicherheitskonzept, analog dem Sicherheitskonzept von Hannover, entgegen zu wirken.
5. Unterjährig in 2020 relevante Finanzentscheidungen sind vor Umsetzung dem Haupt- u. Sozialausschuss zu berichten.

Abstimmung:

TOP 5.2. Ziff. 1

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

TOP 5.2 Ziff. 2

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

TOP 5.2 Ziff. 3

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

TOP 5.2 Ziff. 4

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 11 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

TOP 5.2 Ziff. 5

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Lübeck, den 25. März 2021

Ingo Schaffenberg
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**11. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2018/2023**

Sitzungstermin:	Dienstag, 01.10.2019
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:45 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Ingo Schaffenberg - SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Christian Steen - SPD	Vertretung für: Herrn Aydin Candan
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Christoph Baldy - Die Unabhängigen	Vertretung für: Frau Gabriele Friemer
Dr. Carsten Grohmann - CDU	
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Volker Nehrhoff - CDU	Vertretung für: Frau Aneta Wolter
Dr. Werner Vieler - AfD	
Dr. Marek Lengen - SPD	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Sophie Bachmann - SPD und Lübecker Jugendring	
Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Nil Gersdorf - CDU	
Andreas Müller - Die Linke	
Gabriele Ulrich - SPD	
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL	
Dr. Axel Walther - FDP	
Verwaltung	
Ulrich Kewitz - 2.500 Soziale Sicherung	
Philipp Köhler - 2.000.2 Koordinierung Flüchtlingsarbeit	
Christiane Rösing -	
Daniela Rummert - 2.000.2 Koordinierung Flüchtlingsarbeit	
Julia Schiffner - Gesundheitsamt	

Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Anke Seeberger - 2000.2 - Stabsstelle Integration, FB 2	zu TOP 9.2
Ulrike Tietz - 2.530	
Manuel Hertz - FBC FB2	
Matthias Schröder - APH-Verwaltung	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Vivien Wolgast - Jobcenter Lübeck	
Protokollführung	
Siglinde Justin - Soziale Sicherung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Ivonne Ristow - 2.530	
Christian Rettberg - Behindertenbeauftragter	
Joachim Tag - Jobcenter Lübeck	
Beiratsmitglieder	
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Aydin Candan - SPD	- entschuldigt -
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen	- entschuldigt -
Aneta Wolter - CDU	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören	
2	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3	Feststellung der Tagesordnung	
4	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 03.09.2019	
5	Mitteilung des Vorsitzenden	
6	Berichte	
6.1	AM Bruno Hönel (Bündnis 90 / Die Grünen): Psychosoziale Unterstützung von Geflüchteten	VO/2019/07538-01
7	Beschlussvorlagen	
8	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
8.1	Freie Wähler & GAL: Steig um!	VO/2019/07794
9	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2	
9.1	Aufstellung nicht erledigter Tagesordnungspunkte	
10	Anfragen/Antworten	
10.1	Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE) zum Thema Behindertenbeirat	VO/2019/08161
10.2	Anfrage AM Gregor Voht (Freie Wähler): Vergabe Beförderungsaufträge im Bereich Soziale Sicherung	VO/2019/08176
10.3	Anfrage AM Dr. Grohmann (CDU): Taxifahrten für Kinder mit Handicap	VO/2019/08206
11	Anträge von Ausschussmitgliedern	
12	Verschiedenes	
19	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2018/2023.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, Herrn Rettberg (Beauftragter für Menschen mit Behinderung), Herrn Domeyer (Seniorenbeirat), Frau Seeburger von der Stabsstelle Integration, Herrn Dr. Delius vom E-Punkt sowie die Öffentlichkeit.

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Baldy gem. § 46 Abs. 6 GO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt die verkürzte aber dennoch ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Nachfrage von Herrn Müller erläutert Frau Schwartz die rechtliche Beurteilung des Rechtsamtes aufgrund der verkürzten Ladungsfrist.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Voht schlägt vor, TOP 9.1 vorzuziehen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennnismnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den TOP 4 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Beschluss:

	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit mit den beschlossenen Veränderungen festgestellt.

zu 4	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 03.09.2019
-------------	---

Der Vorsitzende trägt vor, dass auch die Genehmigung des Protokolls zur Sondersitzung „Krähenteich Drogentreff“ vom 17.09.2019 vertagt wird.

zu 5	Mitteilung des Vorsitzenden
-------------	------------------------------------

Der Vorsitzende verweist auf die umverteilten Termine für die Herbstfest in den SeniorInnen-einrichtungen.

Der Vorsitzende stellt in Aussicht, dass Frau Seeberger von der Stabsstelle Integration zu der umverteilten Dokumentation zum Lübecker Integrationsfonds in der Sitzung noch etwas berichten wird.

Der Vorsitzende berichtet von der Planung, die Sitzung des Ausschusses für Soziales am 03.12.2019 bei der Vorwerker Diakonie in der Triftstraße stattfinden zu lassen. Er bittet dieses bereits jetzt zur Kenntnis zu nehmen und stellt in Aussicht, auch für künftige Sitzungen andere Träger bezüglich einer Räumlichkeit ansprechen zu wollen.

zu 6	Berichte
-------------	-----------------

zu 6.1	AM Bruno Hönel (Bündnis 90 / Die Grünen): Psychosoziale Unterstützung von Geflüchteten Vorlage: VO/2019/07538-01
---------------	---

Hierzu sprechen Herr Hönel, und Herr Köhler von der Stabsstelle Integration.

Beschluss:

Antrag im Ausschuss für Soziales am 04.06.2019 von AM Bruno Hönel:

Der Senator wird aufgefordert dem Sozialausschuss bis August zu berichten,

- 1) wie die derzeitige psychosoziale Versorgung von Geflüchteten in Lübeck aussieht.
- 2) wie viele Einrichtungen in Lübeck mit der psychosozialen Versorgung Geflüchteter befasst sind und inwieweit das Gesundheitsamt der Stadt involviert ist.
- 3) welche Bereiche der psychosozialen Versorgung sich nach Meinung des Fachbereiches derzeit als kommunale Aufgabe eignen und wie diese ausgestaltet werden muss.
- 4) wie sich die Kapazitäten in Lübeck bei der Traumabehandlung geflüchteter Menschen momentan gestalten und inwiefern Angaben über die prospektive Entwicklung eben jener Kapazitäten unter Einbeziehung geschätzter Migrationsbewegungen nach Lübeck gemacht werden können.
- 5) welche besonderen Probleme der Fachbereich im Übergang von der Jugendhilfe in die Strukturen der Erwachsenenhilfe momentan sieht.
- 6) ob und wie der Fachbereich momentan daraufhinarbeitet, die Qualifikationen der hierher geflüchteten Psycholog*innen, Therapeut*innen und Sozialarbeiter*innen anzuerkennen und sie vordringlich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, um die Kommunikation mit Geflüchteten zu erleichtern.
- 7) in welchen Bereichen es nach Meinung des Fachbereiches Verbesserungsbedarf bei der psychosozialen Versorgung geflüchteter Menschen gibt und welche Handlungsmöglichkeiten sich diesbezüglich zur Verbesserung eignen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

Keine

zu 8	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

zu 8.1	Freie Wähler & GAL: Steig um! Vorlage: VO/2019/07794
---------------	---

Hierzu sprechen Herr Hönel und Voht.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck initiiert zum schnellstmöglichen Zeitpunkt eine Aktion „Steig um!“ nach Hamburger Beispiel.

In Hamburg wurden nach einem öffentlichen Bewerbungsverfahren sieben Familien ausgewählt, die für drei Monate auf ihr Auto verzichten haben. In den drei Monaten haben sie jeweils 400 Euro/Monat* erhalten, um damit öffentliche Verkehrsmittel oder Car-Sharing zu bezahlen.

Die Erfahrungsberichte der Teilnehmenden sollen anschließend ausgewertet und veröffentlicht werden. In einem Leitfaden sollen Menschen, die mit dem Gedanken spielen auf ihr Auto zu verzichten, Tipps gegeben werden.

Bei Erfolg soll die Aktion jährlich durchgeführt werden, um mehr Menschen Beispiel und Anreiz zu geben auf den eigenen Pkw zu verzichten.

Nach dem Hamburger Versuch haben sich fünf der sieben Familien entschieden, ganz auf ihr Auto zu verzichten.

***Warum gerade ein Fahrgeld von 400 Euro im Monat?**

„Dies entspricht laut Studien den durchschnittlichen Kosten für einen Mittelklassewagen im Monat (Kompaktklasse, drei Jahre alt, gebraucht gekauft). Mit allen Kosten: Steuer, Versicherung, durchschnittliche Reparaturen, Verschleiß, Sprit.“

Siehe: https://www.hamburg.de/steig-um/12116612/faq/#anker_4

[Herr Voht zieht den Antrag zurück.](#)

zu 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

zu 9.1 Aufstellung nicht erledigter Tagesordnungspunkte

Herr Senator Schindler berichtet nach Zustimmung vom anwesenden Herrn Dr. Delius,, aus einem E-Mail-Verkehr zwischen Herrn Bürgermeister Lindenau und Herrn Dr. Delius vom ePunkt.

Der Vorsitzende beantragt das Rederecht für Herrn Dr. Delius vom ePunkt.

Der Ausschuss erteilt Herrn Dr. Delius einstimmig das Wort.

Herr Dr. Delius berichtet auch von einem Gespräch mit dem Bürgermeister und begrüßt die Fortschritte. Er weist aber auch noch einmal auf die Dringlichkeit hin.

Hierzu sprechen Herr Müller, Frau Ulrich, Herr Voht, Herr Dr. Grohmann, Frau Akyurt, Frau Bachmann, Herr Hönel, Herr Senator Schindler und Herr Schaffenberg.

Frau Bachmann bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 16.45 bis 16.52 Uhr unterbrochen.

Die Ausschussmitglieder Herr Dr. Grohmann, Herr Hönel, Frau Akyurt, Herr Voht und Herr Schaffenberg stellen den nachfolgenden Antrag:

„Der Sozialausschuss bekräftigt den Beschluss der Bürgerschaft, ein Konzept zur Ehrenamtskoordination zur November-Sitzung 2019 dem Sozialausschuss vorzulegen. Für die Erarbeitung des Konzeptes werden der ePunkt sowie andere relevante Träger rechtzeitig eingebunden.

Für den Fall, dass der Bürgermeister aus terminlichen Gründen nicht an der Sitzung im November 2019 teilnehmen kann, wird der Vorsitzende gebeten, den Sitzungstermin den Wünschen des Bürgermeisters anzupassen oder eine Sondersitzung vor dem November 2019 einzuberufen.“

Beschluss:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 9.2 Lübecker Integrationsfonds
--

Der Vorsitzende erteilt Frau Seeberger das Wort, die aus der umverteilten Dokumentation „Lübecker Integrationsfonds – geförderte Projekte 2018/2019“ der Stabsstelle Integration berichtet.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 10 Anfragen/Antworten

**zu 10.1 Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE) zum Thema Behindertenbeirat
Vorlage: VO/2019/08161**

Herr Senator Schindler berichtet, dass nach Auffassung der Bürgermeisterkanzlei der Fachbereich 2 auch für die Wahl des Behindertenbeirates die Zuständigkeit innehat, was Senator Schindler noch einmal hinterfragen wird angesichts der aus seiner Sicht nicht vorhandenen Kompetenz und Personalkapazitäten im Fachbereich 2.

Beschluss:

1. Wie ist der Sachstand zum Thema Behindertenbeirat?
2. Welche Schritte hat die Verwaltung seit der Beschlussfassung über die Satzung des Behindertenbeirates unternommen?
3. Wie ist die geplante Terminkette der Verwaltung bis zur Wahlversammlung des Behindertenbeirates?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 10.2 Anfrage AM Gregor Voht (Freie Wähler): Vergabe Beförderungsaufträge im Bereich Soziale Sicherung
Vorlage: VO/2019/08176**

Frau Rösing beantwortet die in der Anfrage gestellten Fragen. Die Beantwortungen werden der Niederschrift beigelegt.

Hierzu sprechen Herr Voht, Herr Müller und Herr Dr. Vieler.

Beschluss:

1. Nach welchem Verfahren vergeben Soziale Sicherung/Eingliederungshilfe und Soziale Sicherung/Behindertenhilfe ihre Aufträge für die Taxibeförderung?
2. Nach welchem Verfahren werden die Unternehmen ausgewählt, die für Fahrten angefragt werden? Wie viele Unternehmen werden jeweils angefragt?
3. Für welche Zeiträume werden Beförderungsvereinbarungen jeweils abgeschlossen?
4. Können Präferenzen der Eltern berücksichtigt werden?

5. Ist die Umstellung des Ausschreibungsverfahrens auf eine digitale Anwendung geplant - ähnlich dem transparenten Online-Ausschreibungsportal der Krankenkassen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 10.3 Anfrage AM Dr. Grohmann (CDU): Taxifahrten für Kinder mit Handicap
Vorlage: VO/2019/08206**

Frau Rösing beantwortet die in der Anfrage gestellten Fragen. Die Beantwortungen werden der Niederschrift beigelegt.

Hierzu spricht Herr Voht.

Beschluss:

Bestimmte gehandicappte Kinder werden mit dem Taxi z.B. zur Schule gefahren.

Wie werden diese Touren abgerechnet, wenn ein Kind fährt?

Wie werden diese Touren abgerechnet, wenn im selben Taxi weitere Kinder mitfahren?

Werden diese Touren nach dem Taxitarif abgerechnet?

Gibt es einen Grundpreis für das erste Kind und Aufschläge für jedes weitere Kind oder wird der Grundpreis für jedes Kind gezahlt?

Welche Unterschiede gibt es zu „normalen“ Taxitarifen?

Aus welcher Haushaltsstelle werden die Kosten erstattet (Soziale Sicherung, Behindertenhilfe)?

Wie werden diese Touren vergeben (Ausschreibung)? Immerhin gibt es Zahlreiche Taxiunternehmer in HL (Gleichbehandlung, Bestpreis).

Wie viele Kinder mit welchen Spezifika werden in HL mit dem Taxi gefahren?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

entfällt

zu 12 Verschiedenes

Die nächste reguläre Sitzung des Ausschusses für Soziales findet am Dienstag, den 05.11.2019 um 16.00 Uhr im Verwaltungszentrum Mühlentor statt.

Herr Müller fragt nach, warum eine Mail vom 13.09.2019 zeitlich verzögert, d.h. am 01.10.2019 an die Ausschussmitglieder weitergeleitet wurde.
Frau Timmermann berichtet, von technischen Problemen und den jetzt erst bestehenden Zugriffsrechten auf das Postfach „Sozialausschuss“.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--

entfällt

Lübeck, den 25. März 2021

Ingo Schaffenberg
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung

Vfg.

1. Vermerk

Anfrage der Freien Wähler für den Sozialausschuss am 01.10.19 i.S. "Vergabe Beförderungsaufträge im Bereich Soziale Sicherung"

1. Nach welchem Verfahren vergeben Soziale Sicherung/Eingliederungshilfe und Soziale Sicherung/Behindertenhilfe ihre Aufträge für die Taxibeförderung?

Es werden 2 Angebote für die Taxibeförderung durch die Sachbearbeiterin der Eingliederungshilfe verglichen. Durch die sozialpädagogischen Fachkräfte der Behindertenhilfe erfolgt die Bedarfsermittlung zur Notwendigkeit einer Taxibeförderung.

Es gilt das Grundprinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, welches in Art. 114 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz, § 6 Haushaltsgrundsätzegesetz und § 7 Bundeshaushaltsordnung verankert ist und Gültigkeit für jede öffentliche Verwaltung hat.

Demnach wird das günstigste Angebot zur Beförderung ausgewählt.

2. Nach welchem Verfahren werden die Unternehmen ausgewählt, die für Fahrten angefragt werden? Wie viele Unternehmen werden jeweils angefragt?

Die Auswahl der Unternehmen, von denen Angebote eingeholt bzw. vorgelegt werden, erfolgt zum einen nach den bereits beauftragten Unternehmen, die bereits Kinder zur Schule oder Kita fahren. Dies ermöglicht Unternehmen, Sammeltouren mit mehreren Kindern zu fahren und führt somit zu einer Kostenersparnis.

Zum anderen wird auch auf die bisherige Erfahrung mit den Unternehmen und das erhaltene Feedback der Kunden in Bezug auf Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit zurückgegriffen.

Ferner erfolgt die Auswahl der Unternehmen nach den dortigen Kapazitäten.

Es gibt außerdem Unternehmen, die mangels Fahrern bzw. Konzentration auf andere Fahrten keine Beförderung zur Kindertagesstätte oder Schule anbieten.

Alle zugelassenen Beförderungsunternehmen können genutzt werden.

3. Für welche Zeiträume werden Beförderungsvereinbarungen jeweils abgeschlossen?

Es werden keine Beförderungsvereinbarungen abgeschlossen. Die Antragsteller erhalten einen Bewilligungsbescheid zur Übernahme der Kosten für die Taxibeförderung. Dieser Bescheid hat Gültigkeit, solange die Kindertagesstätte von dem Kind besucht wird bzw. eine sonstige Änderung eintritt (z.B. durch Umzug).

4. Können Präferenzen der Eltern berücksichtigt werden?

Grundsätzlich können auf Grund des Prinzips der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit keine Präferenzen der Eltern berücksichtigt werden.

Liegen im **Einzelfall** begründete Tatsachen vor, die den Ausschluss eines bestimmten Unternehmens begründen, kann die Wahl auf das zweitgünstigste Angebot fallen oder ggfs. ein neues Angebot eingeholt werden (wenn die vorliegenden Angebote keinen Bestand mehr haben).

5. Ist die Umstellung des Ausschreibungsverfahrens auf eine digitale Anwendung geplant – ähnlich dem transparenten Online-Ausschreibungsportal der Krankenkassen?

Nein, ein solches Verfahren ist nicht geplant.

Im Auftrag

Orminski/ Rösing

Vfg.

1. Vermerk

Anfrage der CDU für den Sozialausschuss am 01.10.19 i.S. "Taxifahrten für Kinder mit Handicap"

Bestimmte gehandicapte Kinder werden mit dem Taxi z.B. zur Schule gefahren.

1. Wie werden diese Touren abgerechnet?

Die Fahrten werden gemäß dem vorliegenden Angebot abgerechnet.
Es werden nur die tatsächlichen Fahrten übernommen.

2. Wie werden diese Touren abgerechnet, wenn im selben Taxi weitere Kinder mitfahren?

Diese Fahrten werden als Sammeltouren gemäß Angebot abgerechnet. Die Kosten werden auf die Einzelfälle aufgeteilt.

3. Gibt es einen Grundpreis für das erste Kind und Aufschläge für jedes weitere Kind oder wird der Grundpreis für jedes Kind gezahlt?

Es wird ein Grundpreis (Einzelpreis) für das erste Kind und ein Aufschlag (Sammelpreis) für jedes weitere Kind veranschlagt.

4. Welche Unterschiede gibt es zu normalen „Taxitarifen“?

Bei den erstellten Angeboten handelt es sich um Pauschalpreise. Die Kosten für ggfs. längere Zeiten im ruhenden Verkehr etc. sind dort mit einberechnet. Es kann dann nur der Pauschalpreis gem. Angebot abgerechnet werden.

5. Aus welcher Haushaltsstelle werden die Kosten erstattet?

Die Kosten werden von der ambulanten Eingliederungshilfe aus den Konten 5332000535, 5332000536, 5332000537, 5331000504 und 5331000505 gezahlt. Auf diesen Konten werden jedoch nicht ausschließlich die Fahrkosten gebucht.

6. Wie werden diese Touren vergeben?

Es werden 2 Angebote für die Taxibeförderung durch die Sachbearbeiterin der Eingliederungshilfe verglichen. Durch die sozialpädagogischen Fachkräfte der Behindertenhilfe erfolgt die Bedarfsermittlung zur Notwendigkeit einer Taxibeförderung.

Es gilt das Grundprinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, welches in Art. 114 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz, § 6 Haushaltsgrundsätzegesetz und § 7 Bundeshaushaltsordnung verankert ist und Gültigkeit für jede öffentliche Verwaltung hat.

Demnach wird das günstigste Angebot zur Beförderung ausgewählt.

7. Wie viele Kinder mit welchen Spezifika werden in HL mit dem Taxi gefahren?

Über die Eingliederungshilfe werden die Beförderungskosten für 46 Kinder zu 20 Kindertagesstätten und für 26 Kinder zu 4 Schulen übernommen. Hiervon haben 12 Kinder eine geistige Behinderung, 47 Kinder eine körperliche Behinderung und 13 Kinder mehrfache Behinderungen.

Im Auftrag

Orminski/ Rösing